

3882/J XXI.GP

Eingelangt am: 15.05.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend unzulässige Verbindung von öffentlichen Aufträgen mit
Geschäftsinteressen freiheitlicher Wirtschaftstreibender

In mehreren Anfragen an den Bundesminister für Finanzen haben die Grünen wiederholt auf das inkompatible und wirtschaftsethisch unvertretbare Tätigwerden des den Freiheitlichen nahestehenden Grundstücksmakler Ernst Karl Plech hingewiesen.

Dieser Wirtschaftstreibende wurde zum Vorsitzenden der Aufsichtsräte in staatlichen Wohnbauunternehmen bestellt und gleichzeitig mit den sozialproblematischen Abverkäufen und der Interessentensuche von Finanzinvestoren beauftragt. Mit dieser Aufgabenstellung sitzt dieser Makler auch einer vom Finanzminister eingesetzten Arbeitsgruppe vor.

Nach neuesten Informationen sollen sich seine Geschäfts- und Parteiverbindungen auch in andere freiheitliche Ressorts erstrecken; so in das Justizressort. Plech soll mit dem Bundesminister für Justiz die Absiedlung von Justizdienststellen in den Citytower verhandelt haben. Ein Vorhaben, das umstritten und nicht notwendig ist und von den Richtern abgelehnt wird. Ferner ist es ein Bauprojekt, das übrigens von der Wiener FPÖ vehement bekämpft wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist es aus der Sicht des für die Auslegung des Aktien- und des GesmbH-Rechtes zuständigen Bundesministers für Justiz vereinbar, dass Plech die oben beschriebenen Funktionen für den Bundesminister für Finanzen wahrnimmt?
2. Trifft es zu, dass Plech mit dem Justizminister bzw mit beauftragten

Funktionären des Justizministeriums über die Anmietung des Citytowers
verhandelt hat?

3. Wenn ja, wie hoch sind die Mietpreise quadratmetermäßig gesamt (Jahresmietwert)?
4. Wenn ja, in welcher Eigenschaft hat er verhandelt, vermietetseitig oder mieterseitig?
5. Wenn vermietetseitig, wer ist der Vermieter?
6. Wie hoch ist sein Entgelt, Provision?